

VBS / GS		
15. MRZ. 2012		
17-4.2		
11.003987		
<input checked="" type="checkbox"/>	C VBS	
<input checked="" type="checkbox"/>	GS	
<input type="checkbox"/>	Stab C VBS	
<input type="checkbox"/>	Komm	
<input type="checkbox"/>	Finanzen VBS	
<input type="checkbox"/>	Persönl. VBS	
<input type="checkbox"/>	RÜ	
<input checked="" type="checkbox"/>	Büro	
<input type="checkbox"/>		
<input type="checkbox"/>		
<input type="checkbox"/>		
<input checked="" type="checkbox"/>	✓ Einzahlung	
<input checked="" type="checkbox"/>	X Eile 17.11.2012	

Herr Bundesrat  
Ueli Maurer  
Eidgenössisches Departement für  
Verteidigung, Bevölkerungsschutz  
und Sport  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

Bern, 14. März 2012

VOL C

0382

8.9-11

## Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Vernehmlassung. Die Angebote der Outdoor- und Adventure-Branche sind ein wichtiges Element des Berner Tourismus. Die Kantone werden für den Vollzug verantwortlich sein. Der Regierungsrat begrüsst es deshalb, dass die Kantone frühzeitig einbezogen worden sind.

Die Verordnung konkretisiert das Bundesgesetz über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten. Es richtet sich nicht nur an kantonale Vollzugsstellen, sondern vor allem an die zu regelnde Branche. Für diese sind klare und nachvollziehbare Ausführungsbestimmungen besonders wichtig. Der Vernehmlassungsentwurf enthält noch verschiedene Unklarheiten, die es zu bereinigen gilt. Wir beschränken uns im Vernehmlassungsschreiben auf grundsätzliche Ausführungen und lassen Ihnen im Anhang dazu und zu weiteren Punkten konkrete Änderungsanträge zukommen.

## Geltungsbereich

Aus den Vorschriften geht zu wenig klar hervor, welche Aktivitäten bewilligungspflichtig sind. Einerseits fehlt eine Definition des Begriffs der Gewerbsmässigkeit. Andererseits sind die bewilligungspflichtigen Aktivitäten zu wenig genau umschrieben. Bei der vorliegenden Gesetzgebung geht es um den Schutz des Publikums, das die mit einer Aktivität verbundenen Risiken nicht oder nur schwer abschätzen kann. Deshalb sind nicht nur Aktivitäten als gewerbsmässig zu erfassen, mit denen Geld verdient werden soll, sondern auch alle Aktivitäten, die am Markt gegenüber einem breiten Publikum angeboten werden.

In einem zusätzlichen Artikel sind zudem die verschiedenen bewilligungspflichtigen Aktivitäten näher zu umschreiben, damit sowohl der Öffentlichkeit als auch den Behörden klar ist, wofür eine Bewilligung nötig ist. Es empfiehlt sich dabei klarzustellen, dass im Übrigen die Aktivitäten frei ausgeübt werden können. Eine entsprechende Bestimmung im kantonalen Gewerbeamt hat sich bewährt.

## Zertifizierte Unternehmen

Der Kanton Bern war wesentlich am Aufbau des Modells der Stiftung „Safety in Adventures“ beteiligt. Das Gesetz übernimmt dieses bewährte Modell und ergänzt es mit der Bewilligungspflicht. In der Umsetzung ist sicherzustellen, dass die zertifizierten Unternehmen ihre Aktivitäten unverändert

weiterführen können. Für ihre Tätigkeit darf keine weitere Bewilligung gestützt auf die vorliegende Gesetzgebung erforderlich sein.

### **Ausländische Unternehmen**

Innerhalb der Vorgaben zur Personenfreizügigkeit sind die Vorschriften so auszugestalten, dass die Sicherheit der Gäste unabhängig von der Nationalität des Anbieters gewährleistet ist. Zudem sollen die bernischen Unternehmen gegenüber ausländischen Firmen nicht benachteiligt werden. Zur Umsetzung dieser Grundsätze ist Folgendes erforderlich:

- Von der Bewilligungspflicht sind nur Unternehmen auszunehmen, die im Land ihres Sitzes über eine behördliche Zulassung verfügen. Hat dieses Land keine Vorschriften zur entsprechenden Aktivität, kann sich das Unternehmen nicht auf diese Bewilligungsfreiheit berufen, sondern muss eine Schweizer Bewilligung einholen.
- Es ist in der Verordnung zu regeln, dass die An- und Abreise nicht Teil der Aktivität darstellt, wie dies bereits aus den Erläuterungen hervorgeht.
- Welche Anforderungen die ausländischen Anbieter erfüllen müssen (Einhalten der Sorgfaltpflichten, Ausbildung, Versicherung usw.), ist in der Verordnung aufzuzählen.

### **Administratives**

Die Vorschriften zu den Gebühren sind zu überarbeiten: Die Prüfung durch die Behörden ist eine reine Dokumentenprüfung, und zwar sowohl bei Einzelpersonen als auch bei Firmen. Deshalb soll die Gebühr in beiden Fällen gleich hoch sein. Ein Entzug der Bewilligung kann dagegen nur nach umfangreichen Abklärungen und Gewährung des rechtlichen Gehörs erfolgen. Dies verursacht regelmässig einen hohen Aufwand. Nach dem Verursacherprinzip soll der Bewilligungsinhaber dafür aufkommen. Er hat es ja in der Hand, mit einem korrekten Verhalten ein solches Verfahren zu vermeiden.

Die für das Gesuch beizubringenden Unterlagen lassen sich vereinfachen. Weder die Niederlassungsbewilligung noch der Handelsregistrauszug sind für die Behörden erforderlich. Bei natürlichen Personen kann die Identität mit jedem amtlichen Papier wie Identitätskarte oder Fahrausweis geprüft werden. Die Zeichnungsberechtigung bei Firmen lässt sich online prüfen.

Die Informationspflicht nach Artikel 21 geht am Ziel vorbei. Einerseits genügt es, wenn die Informationen in den allgemeinen Geschäftsbedingungen oder der Anmeldung zur Aktivität zur Verfügung gestellt werden. Andererseits ist für die Konsumentinnen und Konsumenten nicht primär die Haftpflichtversicherung von Interesse, sondern die individuelle Versicherung gegen Unfallrisiken. Dieser Versicherungsschutz ist Sache der Teilnehmenden und nicht des Anbieters.

Wir danken Ihnen noch einmal für die Gelegenheit zur Stellungnahme und bitten Sie, unsere Anliegen zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident



Der Staatsschreiber



**Anhang**

## **Anhang zur Vernehmlassung des Kantons Bern zur Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten**

Der Anhang enthält konkrete Vorschläge zu einzelnen Artikeln. Sie werden nur so weit begründet, als dies zusätzlich zum Vernehmlassungsschreiben erforderlich ist.

### **Artikel 1**

<sup>2</sup> Als gewerbsmässig gelten Aktivitäten,

- a mit denen ein Haupt- oder Nebeneinkommen erzielt werden soll,
- b die der breiten Öffentlichkeit angeboten werden.

### **Artikel 2**

Verschiedene Begriffsbestimmungen können zu Missverständnissen Anlass geben und sind für die Anwendung des Gesetzes und der Verordnung nicht relevant. Insbesondere hat die Gebietsabgrenzung keinen eigenständigen Stellenwert, sondern ist nur zusammen mit der durchgeführten Aktivität von Bedeutung.

Buchstaben a bis c von Absatz 1 sind deshalb zu streichen. Bei den übrigen Buchstaben ist zu prüfen, ob sie zusätzlich zum neuen Artikel 4a (vgl. untenstehenden Vorschlag) noch erforderlich sind.

### **Artikel 3**

Mit dem Inventar dürfen keine Abweichungen zum RiskG und zur RiskV gemacht werden. „Orientieren“ ist deshalb ein zu schwacher Begriff, der zum Beispiel mit „Sie stellen darauf ab, ...“ zu ersetzen ist.

### **Artikel 4**

Die Sorgfaltspflichten umfassen nicht nur die Sicherheit des Materials. Es ist zu prüfen, ob nicht auch zu den weiteren Begriffen der Sorgfaltspflicht in Artikel 2 des Gesetzes Präzisierungen nötig sind.

### **Artikel 4a (neu)**

Bei den Wasseraktivitäten ist die Umschreibung der Wildwasserstufen in die Verordnung aufzunehmen. Zudem ist klarzustellen, dass auch Kanu und Kajak unter den Begriff des Wildwasserfahrens fallen.

Es ist festzuhalten, dass Canyoning vorliegt, wenn für die Begehung entweder geschwommen oder geklettert werden muss. Seiltechnik ist Teil des Kletterns.

Zusammen mit der Begründung im Haupttext führt dies zu folgendem Formulierungsvorschlag:

**Art. 4a** <sup>1</sup> Für folgende Aktivitäten im Geltungsbereich gemäss Artikel 1 Absatz 1 RiskG ist eine Bewilligung erforderlich:

- a *Bergführen*, nämlich das Führen von Gästen wie Touren abseits markierter Wege und in Schnee und Eis, Felsklettern, Begehen von Klettersteigen, Klettern in Klettergärten sowie Eisfall- und Steileisklettern.
- b *Touren und Abfahrten mit Schneesportgeräten*, nämlich das Führen von Gästen ausserhalb des Verantwortungsbereichs der Betreiber von Skilift- und Seilbahnanlagen.
- c *Canyoning*, nämlich das Begehen von unwegsamen Bachläufen, für die Schwimm- oder Klettertechniken erforderlich sind.
- d *River-Rafting*: Aktivität mit einem Raft im Sinne von Artikel 2 Buchstabe a Ziffer 12 der Binnenschiffverkehrsverordnung<sup>1</sup> auf Fliessgewässern, die den Schwierigkeitsgraden Wildwasser II bis Wildwasser VI gemäss Anhang [nn] zu dieser Verordnung entsprechen.
- e *Wildwasserfahrt*: Aktivität mit Booten oder Sportgeräten wie Kanu, Kajak Hydrospeed, Funyak oder Tubes auf Fliessgewässern, die den Schwierigkeitsgraden Wildwasser II bis Wildwasser VI gemäss Anhang [nn] zu dieser Verordnung entsprechen.

<sup>1</sup> SR 747.201.1

- f Bungee-Jumping*, nämlich Pendelsprünge und Sprung mit freiem Fall an einem elastischen Seil in die Tiefe, soweit die Aktivität nicht auf einer zugelassenen Anlage des Schaustellergewerbes erfolgt.

<sup>2</sup> Soweit sie nicht in der Aufzählung gemäss Absatz 1 enthalten sind, können Aktivitäten frei ausgeübt werden.

#### **Artikel 5**

Bergführer-Aspiranten müssen im Rahmen ihrer Ausbildung relativ selbstständig arbeiten. Wir bitten Sie deshalb zu prüfen, ob für Bergführer-Aspiranten nicht eine eigene Bewilligung verlangt werden sollte.

#### **Artikel 6 und 7**

Die Bestimmung von Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe b bzw. 7 Absatz 4 Buchstabe b regelt nicht den Umfang der Bewilligung, sondern eine Sorgfaltspflicht, die vom Bewilligungsinhaber bzw. der Bewilligungsinhaberin eingehalten werden muss. Sie ist deshalb in einen eigenen Absatz zu überführen und es ist klarzustellen, dass es sich um eine Aufgabe des Inhabers bzw. der Inhaberin handelt. Wir schlagen folgende Formulierung vor:

Die Bewilligungsinhaberinnen und -inhaber dürfen die Aktivität nur durchführen, wenn sie aufgrund der Beurteilung nach einer anerkannten Methode die Lawinengefahr im konkreten Fall als gering beurteilen.

Wir begrüssen es, dass für die Beurteilung des Schwierigkeitsgrads auf eine anerkannte Methode abgestellt wird. Gleich wie Kategorien des Wildwassers sind die Einteilungen der Touren im Anhang zur RiskV aufzuführen.

#### **Artikel 9**

**Art. 9** <sup>1</sup> Die Bewilligung nach Artikel 6 des Gesetzes berechtigt zur Durchführung aller Aktivitäten, die in die Zertifizierung eingeschlossen sind.

<sup>2</sup> Eine Zertifizierung ...

#### **Artikel 10**

In Buchstabe a ist zu präzisieren, dass es um Schutzziele im Bereich der Sicherheit geht. Auch in anderen Bereichen, beispielsweise beim Naturschutz, gibt es Schutzziele.

Die Zusammenarbeit soll auch mit Einzelpersonen möglich sein, die über eine Bewilligung verfügen. In Buchstabe d ist „zertifiziert“ deshalb zu ersetzen durch „über eine Bewilligung gemäss dem Gesetz verfügen“.

#### **Artikel 12**

Abs. 1 Bst. a ... im Land ihres Sitzes zur gewerbsmässigen Durchführung der Aktivität zugelassen sind; und ...

#### **Artikel 13**

<sup>1a</sup> An- und Abreise sind nicht Teil der Durchführung der Aktivität.

#### **Artikel 19**

<sup>1</sup> Die Gebühr für die Prüfung von Bewilligungsgesuchen und für das Ausstellen der Bewilligung beträgt 100 Franken.

<sup>4</sup> Sind die Abklärungen gemäss Artikel 18 dieser Verordnung oder die Prüfung ...

#### **Artikel 23**

Die Fristen in Absatz 2 und 3 sowie 6 müssen aufeinander abgestimmt sein. Die altrechtliche Bewilligung muss so lange gelten, bis eine Bewilligung nach neuem Recht möglich ist.